

Belgien im Zwiespalt

Die belgischen Wähler, die am 31. März 1968 ihrer gesetzlichen Wahlpflicht genügen mußten, bereiteten zwar der seit den Wahlen von 1955 amtierenden christlichsozialen-liberalen Regierung *Vandenboynants* eine schwere Niederlage, aber sie änderten nichts daran, daß weiterhin nur Koalitionen zwischen den drei „traditionellen“ Parteien, den Christlichsozialen, den Sozialisten und den Liberalen möglich sind.

Indirekt wurde die kurzlebige Regierung von den Studenten der katholischen Universität von Löwen gestürzt. Diese fordern den Auszug der französischen Abteilung aus der flämischen Stadt. Die flämischen Professoren und schließlich auch viele flämische Politiker solidarisierten sich mit dieser Forderung, und schließlich spaltete sich sogar die belgische katholische Hierarchie, der die Leitung dieser großen und alten Universität obliegt, in dieser Frage. Direkt wurde die Regierung von den flämischen Abgeordneten der christlichsozialen Regierungspartei gestürzt, die den flämischen extremistischen Gruppen das Wasser abgraben wollten. Es war also wieder einmal die leidige „Sprachenfrage“ Ausgangspunkt einer belgischen Krise.

Der belgische Staat besteht seit 1930. Es entwickelte sich jedoch bisher kein belgisches Nationalgefühl. Die beiden größten Volksgruppen, die Flamen und die Wallonen, Niederländisch und Französisch sprechend, stehen sich heute mehr denn je mißtrauisch gegenüber. Bis nach dem 1. Weltkriege wurde das Land vom französischsprachigen Element beherrscht. Den Flamen, die sich unter der Führung ihres katholischen Klerus eingekap-

seit hatten, wurde zudem der Zugang zu höheren Positionen durch Fehlen geeigneter Bildungsanstalten fast unmöglich gemacht, wenn sie nicht zur französischen Kultur und Sprache übergingen, was besonders häufig in Brüssel geschah.

Durch die laufende Demokratisierung, insbesondere des Bildungswesens, und den raschen flämischen Bevölkerungszuwachs haben sich die Gewichte verschoben. Die flämische Elite drängt jetzt darauf, die letzten Bastionen der Französischsprachigen als Seniorpartner mitzubebesetzen. *Was sich oberflächlich betrachtet als Sprachenfrage darstellt, ist in Wirklichkeit eine Auseinandersetzung sozialer Natur.*

Belgien wird heute offiziell in vier Sprachengebiete eingeteilt: das niederländischsprachige Flandern, die französischsprachige Wallonie, die sogenannten deutschsprachigen Ostkantone und das gemischtsprachige Brüssel. Man schätzt die niederländisch/flämische Sprachgruppe heute auf 60 Prozent der Bevölkerung. Von den Brüsselern sprechen 80 Prozent vorzugsweise Französisch; ein großer Teil von ihnen ist aber auch des Niederländischen mächtig. In der Sprachenfrage gilt übrigens das „*Recht der Erde*“ und nicht das Recht des Individuum. Wer außerhalb seines Sprachgebietes wohnt, kann offiziell seine Muttersprache nicht benutzen. Die deutsche Sprachminderheit gilt als loyal und hat keine Beschwerden, denn Deutsch ist die dritte Amtssprache von Belgien.

Gewinner der letzten Wahlen waren regionalistische kleine Parteien, die eine föderalistische Struktur des Landes haben wollen. Die Forderungen der Flamen sind offensiv. Sie verlangen 60 Prozent aller Posten in der Zentralverwaltung. Der flämische Arbeiter will in den Betrieben nicht mehr unter ausschließlich französischsprachigen Vorgesetzten arbeiten. Die wallonische Arbeiterschaft ist sehr mißtrauisch gegen die sich abzeichnende flämische Vorherrschaft, weil sie eine Benachteiligung ihrer Region durch eine flämisch orientierte nationale Wirtschaftspolitik befürchtet. Als Standort der Schwerindustrie leidet Wallonien unter Betriebsschließungen und Arbeitslosigkeit, während im flämischen Küstengebiet immer mehr neue Industrie entstehen. Besonders die ausländischen Investoren, die einen Fuß im EWG-Raum haben wollen, bevorzugen das havenreiche Flandern. Die Zufälligkeiten der Sprachengrenze lassen so rein wirtschaftlich begründete industrielle Standort-Verschiebungen als Teil eines geplanten „Volkstumskampfes“ erscheinen. Die französisierten Brüsseler wiederum fürchten die flämischen Forderungen, weil dadurch in der Hauptstadt eine rigorose Zweisprachigkeit von Beamten und Angestellten erzwungen werden würde, was für viele von ihnen den beruflichen Aufstieg unmöglich machen würde.

Bei den Wahlen hat vor allem die katholische christlichsoziale Partei die Zeche bezahlen müssen. Sie konnte nicht mehr im ganzen Lande als einheitliche Partei auftreten. Besonders ihr flämischer Flügel, der die flämische Volksunie im Nationalismus überrunden wollte — die einen beträchtlichen neofaschistischen Anhang hat — mußte schwer büßen. Eine Überraschung war das schlechte Abschneiden des zweiten bisherigen Koalitionspartners, der Liberalen. Diese „Partei für Freiheit und Fortschritt“ errang 1955 mit ihrer nationalen Einheitsparole einen großen Wahlsieg. Obwohl diesmal das Brüsseler Großkapital sie mit einem für Belgien unerhörten Wahlfonds ausstattete, verlor sie noch Stimmen. Die Arbeiter konnten ihr Mißtrauen gegen diese betont antigewerkschaftlich eingestellte Partei nicht überwinden und auch weitere kirchlich gebundene Schichten konnten von der „Freimaurerpartei“ nicht gewonnen werden.

Aber auch die bisher in Opposition stehenden Sozialisten gingen nicht als Gewinner aus den Wahlen hervor. Sie gewannen in Flandern, Lüttich und Charleroi und verloren im restlichen Wallonien und in Brüssel. Die Partei hatte nicht genügend Konzessionen an die steigende regionalistische Tendenz gemacht. In Brüssel mußte es die Parteileitung zum erstenmal dulden, daß unter ihrem Namen die beiden Hauptsprachengruppen mit getrennten Listen dem Wähler gegenübertraten. Kompetente Beobachter führen ihren Er-

folg in Flandern auf den energischen Kampf zurück, den sie der nationalistischen Volkseinheit lieferte.

Links von der sozialistischen PSB — BSP herrschte das Chaos. Im ganzen Lande gab es zwei kommunistische Listen (Moskau und Peking), in Charleroi waren sogar vier verschiedene kommunistische Richtungen auf dem Wahlzettel verzeichnet. Die kleine kommunistische Partei Moskauer Observanz verlor doppelt soviel Stimmen wie die sozialistische Partei. Die Peking-Anhänger wurden sogar auf ein Viertel ihres bisherigen Bestandes reduziert. Die trotzkistisch-linkssozialistischen Parteien verloren die Hälfte ihres Anhangs seit 1955. In Belgien hat die Linke in diesem Jahr ihren niedrigsten Stand seit 1919 erreicht!

Einen Lichtblick bietet die in Belgien starke *Gewerkschaftsbewegung*. Sie vermochte ihre Einheit über die Sprachengrenzen hinaus zu bewahren. Die beiden Hauptrichtungen, „Sozialisten“ und „Christen“, die ungefähr gleich stark sind, arbeiten in sozialen und politischen Fragen sehr gut zusammen. Die sozialistischen Gewerkschaften bilden zusammen mit der sozialistischen Partei und den Genossenschaften die „Action commune“ (Einheitsfront) und sie stellen auch viele Parlamentarier. Auch die christlichen Gewerkschafter haben einen großen Einfluß auf die christlichsoziale Partei. Der sozialistischen Partei ist es gelungen, die Spannungen mit den Nachfahren Renards im wallonischen Gewerkschaftsflügel fast zu überwinden. Darauf deuten die Wahlergebnisse in Brüssel und Charleroi hin.

Die wallonischen Föderationen des sozialistischen Gewerkschaftsbundes FGTB veranstalteten schon eine Woche nach der Wahl einen großen Aufmarsch in Brüssel, an dem unter roten und gelben Fahnen mit dem wallonischen Hahn über 50 000 Arbeiter teilnahmen. Es ist bezeichnend, daß die Demonstranten nur mit ihren wirtschaftlichen Forderungen hervortraten und die Sprachenfrage nicht berührten, die ohnehin nur wenige Belgier direkt betrifft. Zur gleichen Zeit veranstalteten die christlichen Gewerkschaften Walloniens einen Kongreß, der identische soziale Forderungen, wie die Sozialisten in Brüssel, erhob.

Alles deutet darauf hin, daß die beiden Gewerkschaftsflügel darauf hinarbeiten, eine neue große soziale Koalition der Christlichsozialen und der Sozialisten ans Ruder zu bringen. Das neue Parlament hat offiziell auch den Auftrag, als Verfassungsgebende Versammlung zu fungieren. Zweifellos wird man neue Kompromisse in der Sprachenfrage suchen und dabei den flämischen Forderungen und dem weitverbreiteten Wunsch nach einer Dezentralisierung entgegenkommen.

Ergebnis der Wahlen vom 31. März 1968 zum belgischen Abgeordnetenhaus

Gesamtbelgische „traditionelle“ Parteien:

Christlich-soziale Listen	(4)	1 642 904 Stimmen	31,37 % Anteil
Sozialistische Listen	(2)	1 449 315 Stimmen	27,99 % Anteil
Liberale	(1)	1 080 873 Stimmen	20,87 % Anteil
Kommunisten (Moskau)	(1)	170 686 Stimmen	3,30 % Anteil
Kommunisten (Peking)	(3)	4 786 Stimmen	0,09 % Anteil
Linkssozialisten	(3)	8 798 Stimmen	0,17 % Anteil

Regionale Parteien

Drei Parteien		812 176 Stimmen	15,69 % Anteil
---------------	--	-----------------	----------------

Anmerkung: Die Parteileitungen der Christlichsozialen und der Sozialisten mußten es dulden, daß ihre Anhänger unter verschiedenen Listen auftraten. Die Kommunisten (Peking) und die Linkssozialisten, die sich zum Föderalismus bekennen, treten aus Prinzip — wie die regionalen Parteien — in den verschiedenen Sprachgebieten mit gesonderten Listen auf.